

Menschen, nicht Massen

Stellungnahme des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes zur Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“.

Die christlichen Kirchen orientieren sich in ethischen und gesellschaftspolitischen Fragen an der Bibel. Sichtbarer Ausdruck und Merkmal christlicher Ethik und humanitärer Politik sind der Schutz des Fremden und Schwachen und die Achtung jedes einzelnen Menschen als Geschöpf Gottes.

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund gibt zu bedenken:

1. Inhalt der Initiative

Die Initiative will zu einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung durch Kontingente und Höchstzahlen für die Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen auch für Personen aus dem EU-Raum zurückkehren.

Die Initiative gibt die Trennung von Arbeitsmarkt- und Asylpolitik auf und will den Zuzug von Arbeitnehmenden gleichzeitig mit dem Flüchtlings- und „Asylwesen“ durch Festsetzung einer Quote begrenzen. Diese soll sich an den wirtschaftlichen Interessen und dem Bedarf des schweizerischen Arbeitsmarktes orientieren.

Die Initiative nimmt in Kauf, geltende Staatsverträge, die im Widerspruch mit der Initiative stehen, neu zu verhandeln oder zu kündigen.

Schliesslich will die Initiative das Recht auf Familiennachzug, auf Sozialhilfe und auf dauerhaften Aufenthalt für ausländische Personen beschränken.

2. Passen Menschenrechte in Kontingente?

Die Verbindung von Arbeitsmarkt- und Asylpolitik ist kritisch zu beurteilen. Menschenrechte gehören nicht zur Manövriermasse strukturpolitischer Massnahmen, und sie dürfen nicht zum Spielball parteipolitischer Kalküle werden.

Innerhalb von gewissen Grenzen ist es legitim, den Zuzug von Arbeitnehmenden aus dem Ausland nach nationalen Wirtschaftsinteressen zu steuern. Anders einzuschätzen ist die

Absicht, die Flüchtlings- und Asylpolitik diesen Interessen ohne Rücksicht auf individuelle Schicksale unterzuordnen. Geht es im ersten Fall um das zulässige Verfolgen von eigenen Interessen, steht im zweiten Fall das Leben von verfolgten Menschen aus Fleisch und Blut auf dem Spiel.

Die Schutzgewährung von an Leib und Leben Verfolgten darf nicht mit Höchstzahlen geregelt werden. Erst recht nicht, wenn diese Höchstzahl von der Konjunkturlage abhängig gemacht wird. Die wirtschaftliche Konjunktur ist wechselhaft, Gewalt hat in dieser Welt immer Konjunktur. Ebenso wenig lassen sich Menschenrechte wie das Recht auf Familienleben kontingentieren: Sie sind unteilbar und stehen allen Menschen zu.

3. Menschen nicht „Massen“

Die Initiative trägt einen Titel, der Menschen ausgrenzt. Es wird das Bild einer gesichtslosen, schwarzen „Masse“ gezeichnet, die die Schweiz zu überfluten droht. Dieses Bild von der anonymen Masse ist mit dem biblischen Menschenbild, das die christliche Tradition der Schweiz prägt, unvereinbar. Für die christlichen Kirchen gilt jedem Menschen die Zusage Gottes: „Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein“ (Jesaja 43,1). Jeder Mensch hat ein Recht darauf, von Angesicht zu Angesicht angesehen zu werden. Für Christinnen und Christen geht kein Mensch in der Masse auf.

Asylpolitik in der Schweiz mit der Angst vor Überbevölkerung zu verbinden, ist unangemessen: Der Anteil der Bevölkerung mit Asylhintergrund macht weniger als ein Prozent (0.94%) aus. Der Gedanke eines unbedingten Vorrangs alleine aufgrund der Geburt oder Staatsangehörigkeit ist mit einem christlichen Menschenbild nicht zu vereinbaren.

Wer nicht bereit ist zu teilen, darf nicht hoffen, dass im Bedarfsfall jemand mit ihm teilen wird. Aus christlicher Sicht ist Wohlstand mehr als nur materieller Überfluss. Wohlstand ist auch ein Geschenk. Ein Geschenk, das nicht weniger, sondern mehr wird, wenn man es teilt.

Es liegt in der Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, die langjährig gewachsene humanitäre Tradition der Schweiz weiter zu pflegen und zu bewahren. Dabei darf der Schutz von Verfolgten nicht zur Manövriermasse strukturpolitischer Massnahmen werden oder parteipolitischem Kalkül geopfert werden.

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund lehnt die Initiative ab und vertraut auf die Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger, reine Sündenbock-Politik als solche zu erkennen und abzulehnen.